

Antrag FDP-Fraktion

Bilanz für die Familie.

**Gute Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches NRW –
Familienförderung evaluieren und wirksamer gestalten** (Drucksache 16/2118)

Plenum 21. März 2013, TOP 4

„Nordrhein Westfalen kann und muss familienfreundlicher werden“ !

Das ist ein wirklich wunderschöner Satz der uns hier wieder aus der liberalen Wortküche präsentiert wird.

Man könnte auf den ersten Blick meinen, die FDP hat die Familienpolitik neu entdeckt und will uns nun auf den „Rechten Weg“ bringen, um die Lebensbedingungen für die Familien in unserem Land zu verbessern.

Soweit der erste Blick.

Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass Sie im Grunde genau das Gegenteil im Schilde führen.

Wenn Sie von einem angestrebten „zielgenauen, wirksamen und effektiven Förderungssystem“ sprechen, dann geht es ganz offensichtlich darum, bewährte Unterstützungsstrukturen für die Familien in Nordrhein-Westfalen zurückzufahren.

Das ist im Übrigen ja nicht neu, so wie Sie es gestern in Ihrer Presseinformation behauptet haben.

- Ich selbst kann mich noch gut daran erinnern, welche völlig überflüssigen Irritationen Sie in der sozial- und familienpolitischen Szene schon 1992 ausgelöst haben.

Bereits damals haben Sie mit Ihrer Großen Anfrage die Landesregierung mit der Darstellung der Beratungsstruktur in Nordrhein-Westfalen beschäftigt.

Der Titel der großen FDP-Anfrage:

„Nordrhein-Westfalen – durch Beratungsinflation auf dem Weg in die Bevormundungsgesellschaft?“

(Drucksache 11/3674).

Schon damals haben Sie vollmundig ein „zeitgemäßes Controlling“ gefordert, damit sich (Zitat) „das Beratungswesen nicht zu einem Beratungsunwesen entwickelt“.

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die FDP in ihrem heutigen Antrag eine „kritische Wirksamkeits- und Akzeptanzanalyse“ fordert, dann ist Vorsicht geboten!

Meine Damen und Herren,

der Hintergrund dieses Antrages ist doch klar:

Vor wenigen Wochen, Anfang Februar sind im „Spiegel“ die ersten Zwischenergebnisse einer Gutachtergruppe aufgetaucht, die von der Bundesregierung selbst eingesetzt wurde.

Sie war beauftragt, die **familienpolitischen Leistungen des Bundes** zu bewerten.

Die Ergebnisse dieser Experten zeichnen ein verheerendes Bild:

Rund 156 Einzelleistungen mit einem Gesamtvolumen von 200 Milliarden Euro im Jahr bleiben weitgehend wirkungslos!

Das Fazit der Expertengruppe:

Die Familienpolitik der Bundesregierung hat auf ganzer Linie versagt!

Das einzige, was man der FDP wirklich zugutehalten kann, ist die Initiative Ihrer familienpolitischen Sprecherin in der Bundestagsfraktion. Sie hat das Familienministerium aufgefordert, den Expertenbericht rasch zu veröffentlichen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Ich fürchte nur, daraus wird nichts, denn ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass Sie an einer familienpolitischen Frage in Berlin eine erneute Koalitionskrise provozieren würden.

Weil Ihnen das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP auf der Bundesebene wohl nicht gelingt, versuchen Sie hier mit diesem Antrag ganz offensichtlich eine Nebelkerze zu zünden.

Meine Damen und Herren,

das Land Nordrhein-Westfalen setzt für familienpolitische Leistungen im engeren Sinne (also bei den direkten Transferleistungen) rund 200 Mio. Euro ein. Davon werden allein rund die Hälfte für den Unterhaltsvorschuss gebraucht.

Das Land konzentriert sich also richtigerweise auf die Förderung von Infrastruktur:

Da geht es um

- Beratung,
- Betreuung
- und um Hilfe, dort wo sie gebraucht wird.

Es geht darum die Familien in ihrer wichtigen Aufgabe zu unterstützen, Kindern eine gute und zufriedene Kindheit zu ermöglichen.

Dabei gilt die ganz einfache Feststellung:

Alle Eltern wollen gute Eltern sein!

Und wenn sie dabei Unterstützung brauchen, erhalten Sie Hilfe von öffentlichen Stellen und vor allem von Freien Trägern.

Eins ist doch klar: Wer die Landschaft der Familienförderung kennt, der weiß doch, dass diese Angebote **selbstverständlich** **seit Jahren einem Monitoring und einem Controlling unterliegen.**

Wenn Sie sich in diesem Arbeitsfeld auskennen und den Kontakt in Ihren Wahlkreisen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann wissen Sie, dass **Qualitätsmanagement, Kundenzufriedenheit und Evaluation** ganz ohne Frage zum fachlichen Handwerkszeug in diesen Dienste und Einrichtungen gehören. –Und nicht zuletzt auch zur Förderpolitik des Landes.

Zum Schluss noch eins:

Die direkte Familienförderung findet in den **Kommunen** statt:

- Jugendämter,
- Freie Träger,
- Wohlfahrtsverbände,
- Selbsthilfegruppen
- und vor allem auch engagierte Bürgerinnen und Bürger setzen sich für ein gutes Lebensumfeld ein.

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass sich die Aktiven „vor Ort“ **vernetzen und zusammenarbeiten.**

Ich selbst bin zum Beispiel ehrenamtlicher Sprecher in einem **Lokalen Bündnis für Familie** und hier zeigt sich: Familienpolitik ist zu allererst eine Sache der örtlichen Zusammenarbeit.

Und: Diese Vernetzung –also **die Entwicklung eines Kindes auf der kommunalen Ebene insgesamt im Blick haben-** Das ist im Übrigen auch der Leitgedanke unseres vorbeugenden Ansatzes in der Landespolitik.

Im Projekt der Landesregierung „**Kein Kind zurücklassen**“ wird diese systematische Vernetzung zunächst exemplarisch in 18 Kommunen realisiert.

Hier sind bereits erste Fortschritte deutlich erkennbar und ich gehe davon aus, dass wir in den Ausschussberatungen hierüber noch mehr erfahren werden.

Lassen Sie uns dann gemeinsam den Erkenntnisgewinn nutzen, um weiter für ein familienfreundliches Nordrhein-Westfalen zu arbeiten.

- Vielen Dank